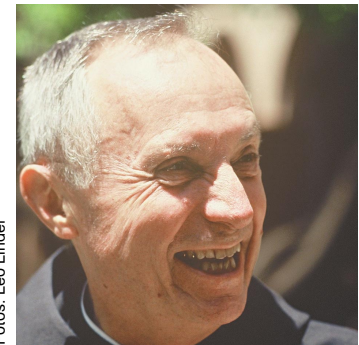


Marktwirtschaft.

Abtprimas Notker Wolf



ausgezeichnet
mit dem
**Wolfram-
Engels-
Preis**



Fotos: Leo Linder

- 01 Abtprimas Notker Wolf erhält den Wolfram-Engels-Preis
- 02 Editorial
Kein Ehrgeiz beim Schuldenabbau
- 03 Pressegespräch
Generationengerechtigkeit durch Rente mit 67
- 04 Gesundheitsreform
Politischer Befreiungsschlag – gesundheitspolitisches Desaster
- 06 Neue EU-Dienstleistungsrichtlinie ist verwässert
Neuerscheinung des Kronberger Kreises
- 07 Irrglaube Mindestlöhne
Studie der Stiftung Marktwirtschaft
- 08 Informationen zur Stiftung
Ankündigungen und Hinweise

Abtprimas Notker Wolf, das Oberhaupt des Benediktinerordens, wird in diesem Jahr von der Stiftung Marktwirtschaft mit dem Wolfram-Engels-Preis ausgezeichnet. Die Stiftung möchte ihn für seine Arbeit, insbesondere aber für die Konsequenz in seinem Werben für Freiheit und Eigenverantwortung würdigen. Der Wolfram-Engels-Preis zeichnet Persönlichkeiten aus, die mit ihren Arbeiten, Vorschlägen und Maßnahmen einen eigenständigen, in die Zukunft weisenden Beitrag zur Festigung und Weiterentwicklung unserer freiheitlichen, auf Markt und Menschenwürde gestützten Gesellschaftsordnung leisten. Wolfram Engels hat in diesem Sinn den Kronberger Kreis ins Leben gerufen und das Frankfurter Institut als Vorläufer der Stiftung Marktwirtschaft mitbegründet. Die letzten Preisträger waren EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti (2001) und der US-Gesundheitsminister Tommy Thompson (2003).

In seinem Buch mit dem anspornenden Titel „Worauf warten wir?“, in dem Notker Wolf die deutsche Neigung zu Sicherheit und Besitzstandswahrung anprangert und die Freiheit des Einzelnen einfordert, nimmt der Professor für Naturphilosophie und Wissenschaftstheorie kein Blatt vor den Mund: „Die Leute bei uns suchen die Bequemlichkeit. Sie rufen nach dem Staat und wollen ihr kindliches Leben weiterführen.“ Dabei sei der Mensch von seiner Anlage her einem Muskel gleich: „Wenn er nicht kontinuierlich angestrengt wird, verkümmert er.“ Mehr Eigeninitiative und zugleich weniger Versorgungsstaat lautet sein Vorschlag im Hinblick auf die veränderten Rahmenbedingungen. Der Benediktinermönch scheut sich dabei nicht, unbequem zu werden, wenn es um die Zukunft Deutschlands geht. Im Rahmen eines Festakts anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Stiftung und des Kronberger Kreises wollen wir ihn für sein Wirken ehren.

Haushaltsausgleich 2008: Kein Ehrgeiz, Herr Steinbrück?

von Prof. Dr. Michael Eilfort



Politische Ziele sind umso zustimmungsfähiger, je allgemeiner sie formuliert werden, je weniger ihre konkrete Umsetzung erkennbar ist und je weiter entfernt sie liegen. 20 Prozent weniger CO₂-Emissionen bis 2020 verspricht die EU plakatig auf Betreiben der deutschen Bundeskanzlerin und Ratspräsidentin. Habhafter wäre die Zusage gewesen, 2008 zwei Prozent weniger zu erreichen, und zwar zuerst einmal in Deutschland. Trotzdem: Respekt vor dieser Absichtserklärung, denn hier stimmt wenigstens die Richtung – und ist zudem auf internationaler Ebene eine gemeinsame.

Auch beim leidigen Dauerthema Staatsverschuldung haben sich, nachdem dies zur Chef(in)-Sache wurde, Bundeskanzlerin und Finanzminister endlich mit einer konkreten Jahreszahl zu dem Ziel – eigentlich einer Selbstverständlichkeit – ausgeglichener Staatshaushalte bekannt. Zugleich haben sie dieses Vorhaben der politischen Bequemlichkeit halber unnötig hinausgeschoben: Nur noch ein letztes, ein allerletztes und ein allerallerletztes Mal – und dann hat 2010 sowieso jeder vergessen, was 2007 angekündigt wurde... Warum also erst 2010? Ein wenig mehr Ehrgeiz darf es ruhig sein.

Denn die Zeit läuft davon: Die insbesondere in den Sozialsystemen versteckte Verschuldung ist noch viermal höher als die bekannten 1,5 Billionen in Bund, Ländern und Gemeinden, die Lage ist dramatisch – vor allem wenn die Zinsen weiter steigen.

Was Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern 2006 schon konnten, sollte das Bundesfinanzministerium zumindest wollen. Wenn nicht jetzt, wann dann? Die Rahmenbedingungen für entschlossene Entschuldungsschritte könnten nicht günstiger sein: Bund, Länder und Gemeinden erzielen konjunkturbedingt Rekord-Steuererlöse und dürfen auch 2007 und 2008 Gutes erwarten. Dazu kommt mit dem Anstieg der Mehrwertsteuer die größte Steuererhöhung der deutschen Geschichte, deren Erlös nur zu einem Drittel in ihre Begründung geflossen ist, nämlich in die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung.

Auch in den Sozialsystemen kommt es durch die Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt zu spürbaren Entlastungen. Besser geht es kaum. Also bitte: Nicht einfach die Schönwetterperiode fortschreiben, sondern auch einmal über die Ausgabenseite nachdenken. Seit 40 Jahren verkaufen sich deutsche Finanzminister als Konsolidierer – und nehmen mit faszinierend dreister Selbstverständlichkeit selbst in guten Zeiten neue Schulden auf. In den schlechten heißt es

Es gibt da einen Kuchen zu verteilen!!



Zeichnung: Klaus Stuttmann

sowieso, man dürfe nicht prozyklisch sparen. Immer war und ist gerade der falsche Zeitpunkt, und so debattiert man lieber hingebungsvoll über neue Verschuldungsgrenzen im Grundgesetz statt einfach die Gunst des Augenblicks zu nutzen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Ungeahnte Energie wird dagegen in der Großen Koalition freigesetzt, wenn es um neue, vermeintliche Segnungen für Kinder geht. Wie wäre es denn einfach damit, dass man ihnen etwas von der erdrückenden Schuldenlast nähme und der von ihnen gewählten Regierung in zwanzig oder dreißig Jahren noch politische Spielräume ließe?

Herr Finanzminister, jetzt ist die Zeit für die Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts 2008! Jetzt müsste von Ihnen vor dem Kabinettsbeschluss im Juni eine

Initiative kommen, die aus ausgabenfreudigen Fachressorts wohl kaum zu erwarten ist. Die alte Frage, ob Staatsschulden nun Medikament oder Droge sind, beantwortet Peer Steinbrück zur Zeit auf klare wie bedauerliche Weise: Frische Kredite sind eben doch ein „süßes Gift“ (Hans Eichel), also eine Droge. Leider kommt man im Bundesfinanzministerium nicht von der Nadel los. Je mehr der Fiskus hat, desto mehr hat er zu wenig. Und dann wäre es ja zudem mühsam, den Bürgern und so vielen Begünstigten staatlicher Ausgaben, die ihrerseits ständig nach einer Erhöhung der Dosis gieren, Sparsamkeit oder besser, ökonomische Vernunft, nahezubringen... Dabei müsste die Bundesregierung nur ihren eigenen Werbeslogan vollständig und ernsthaft beherzigen: „Sanieren, reformieren, investieren.“

Gerechtigkeit durch Rente mit 67

Ausnahmen sind zu teuer

Der Bundestag hat Anfang März die Rente mit 67 Jahren beschlossen. Mit dem Gesetz ist von 2012 an bis 2029 die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre in monatlichen Schritten vorgesehen. Mit Rücksichtnahme auf diverse Berufsgruppen wurde jedoch den Forderungen unterschiedlichster Interessengruppen nachgegeben, die in zahlreichen Ausnahmeregelungen in das Gesetz Einzug fanden. „Teure Ausnahmen“ nennt Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, dieses Vorgehen bei einem Pressegespräch im Hinblick auf die „erschreckende Nachhaltigkeitslücke“ der Gesetzlichen Rentenversicherung. Neueste Berechnungen – auf Basis der jüngsten Generationenbilanz und der aktuellen Gesetzentwürfe – verdeutlichen die fatalen Folgen einer halbherzigen Anpassung der Regelaltersgrenze.

Die Rente mit 67 Jahren stellt allerdings das i-Tüpfelchen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Rentenversicherung dar, sagt Raffelhüschen. Sie wäre der letzte Schritt zur Generationengerechtigkeit in der Rentenversicherung. So wie die Gesetzesänderungen jetzt formuliert sind, verpufft jedoch die Wirkung der höheren Renteneintrittsaltersgrenze zu einem großen Teil. Man muss sich vor Augen führen, dass die Rente mit 67 den demographischen Faktor für die steigende Lebenserwartung darstellt. Die von Generation zu Generation hinzugewonnenen vier Jahre werden dabei hälftig auf die Beitragszahlungsdauer und die Rentenbezugszeit umgelegt. Unter dem Strich bedeutet das auf jeden Fall eine Renten Kürzung – egal, wie lange man arbeitet. Der Grund hierfür besteht einfach in der Generationengerechtigkeit. „Jede Form von Ausnahmen bricht dagegen mit einer intergenerativen Gerechtigkeit, ist schlichtweg zu teuer und sollte daher unterbleiben,“ betont Prof. Raffelhüschen. Durch den anvisierten Nachholfaktor wird hingegen ein Privileg bisheriger Rentnergenerationen abgebaut: So blieben Rentner bisher von nominalen Kürzungen ihrer Bezüge verschont, während die Erwerbstätigen Minusrunden machen mussten. Die Zeit der Schutzklauseln sollte aber auch bei den Bestandsrenten aufgehoben werden, zumal die künftigen Rentner doppelt belastet werden.

Pressestimmen



„Die geplanten Ausnahmen zur Rente mit 67“, berichtet Birgit Jennen, „halbieren nach Einschätzungen der Stiftung Marktwirtschaft den potenziellen Einspareffekt der Reform.“

Handelsblatt

Karl Doemens greift die „massive Kritik“ der Stiftung Marktwirtschaft an den geplanten Gesetzesänderungen auf und zitiert Prof. Bernd Raffelhüschen: „Die Ausnahmeregelung zieht dem Tiger „Rente mit 67“ einen seiner beiden Eckzähne“. Die Befreiung der langjährigen Versicherten von der Altersgrenzanhebung „verstoße gegen die Generationengerechtigkeit und privilegiere „ältere, männliche, gutverdienende Rentner“.

Presse vom 14. Dezember 2006

Neue Zürcher Zeitung

Peter Rasonyi schreibt, dass die deutsche Rentenversicherung 2004 „nach Berechnungen des Ökonomen Bernd Raffelhüschen von der Stiftung Marktwirtschaft eine erschreckende Nachhaltigkeitslücke von 134% des Bruttoinlandprodukts...“ auswies. „Rund die Hälfte des erhofften Spareffekts werde [durch sachfremde Ausnahmeregelungen, Anm. der Red.] wieder verschenkt“.

15. Dezember 2006

Gesundheitsreform – politischer Befreiungsschlag und gesundheitspolitisches Desaster

von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen



Inzwischen hat ein zentrales Reformprojekt der Großen Koalition, der höchst umstrittene Entwurf zur „Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG)“, Gesetzeskraft erlangt. Damit ist der Weg frei für eine Gesund-

heitsreform, die noch vor einigen Monaten zur zentralen Bewährungsprobe dieser Koalition hochstilisiert wurde und bei der viele Beobachter angenommen hatten, dass an ihr das Regierungsbündnis aus CDU/CSU und SPD vorzeitig zerbrechen könnte. Dieses Szenario ist erst einmal abgewendet. Vielmehr feiert die Bundesregierung das im Eilverfahren und gegen vielstimmige Kritik von unabhängigen wie innerparteilichen Experten, Opposition, Interessengruppen und Ärzteschaft sowie den Trägern des Gesundheitswesens durchgepackte Reformprojekt als politischen Befreiungsschlag. Auch wenn das GKV-WSG keines der zentralen Reformziele erreicht, die für ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen notwendig wären, so ist es der Bundesregierung dennoch gelungen, den Wählern politische Handlungsfähigkeit vorzugaukeln und das Gezerre um das Thema vorerst zu beenden.

Das Ganze war ein politischer Kraftakt, der die Handlungsfähigkeit der Regierungsparteien ohne Gesichtverlust eines der beiden Koalitionspartner unter Beweis stellen soll. Dabei wurde selbst dieser Minimalkompromiss schwer erkämpft, hätten doch die Ausgangspositionen der Regierungspartner – die einkommensabhängige Bürgerversicherung auf Seiten der SPD und das Gesundheitsprämienmodell auf Seiten von CDU/CSU – kaum weiter auseinander liegen können. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass Gesundheitspolitik nicht den Regeln der Hegel'schen Dialektik folgt: These und Antithese führen nicht zur überlegenen Synthese, sondern zum ordnungspolitischen Chaos.

Im konkreten Fall wurde ein Modell aus dem Hut gezaubert, das keineswegs Probleme löst, stattdessen

aber zum bürokratischen Moloch werden könnte. Es ermöglicht indes beiden Koalitionspartnern, in der nächsten Legislaturperiode mit veränderten politischen Mehrheiten doch noch das jeweils präferierte Reformmodell umzusetzen. Insoweit ist der nun beschlossene Gesundheitsfonds nur ein vorläufiger Platzhalter. Für die drängenden Herausforderungen im Gesundheitswesen wurden hingegen keine überzeugenden Lösungen gefunden.

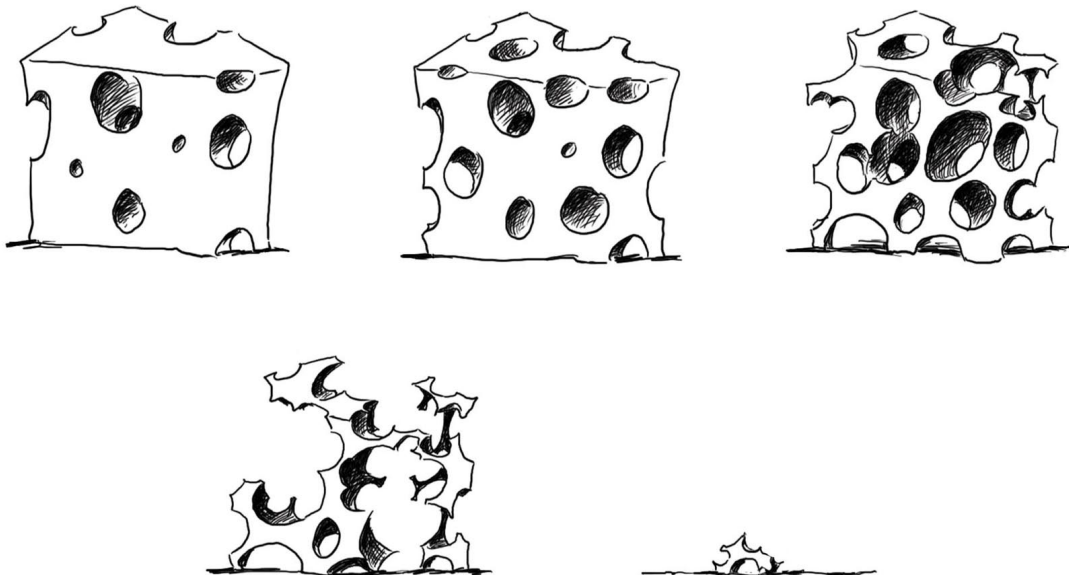
Erstens wird auch in Zukunft die Finanzierung des Gesundheitswesens ganz überwiegend beschäftigungsfeindlich über lohnbezogene Beiträge erfolgen. Steigende Gesundheitsausgaben werden daher nach wie vor Arbeitsplätze kosten. Zweitens bleiben offenkundige Gerechtigkeitslücken und fragwürdige Verteilungswirkungen des bestehenden Systems erhalten: Wer kann eigentlich erklären, weshalb bei identischem Haushaltseinkommen ein Ehepaar, bei dem beide Partner berufstätig sind, im Extremfall doppelt so hohe Beiträge bezahlen muss, wie ein Ehepaar, bei dem nur ein Partner arbeitet?

Und drittens wurde der politische Kompromiss – wie schon so oft in der Vergangenheit – nur durch das Ausstellen ungedeckter Schecks möglich: So ist zum einen die Finanzierung des im Zeitablauf steigenden Steuerzuschusses heute noch völlig ungeklärt. Und zum anderen steht ebenfalls noch in den Sternen, wie die nun beschlossene Reform angesichts einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung langfristig ein finanzierbares und gleichzeitig versorgungssicheres Gesundheitssystem sicherstellen soll. Elemente für mehr Generationengerechtigkeit sucht man jedenfalls vergeblich. Anstatt in der Gesetzlichen Krankenversicherung kapitalgedeckte Elemente einzuführen, macht man den privaten Krankenversicherungen, die schon heute kapitalgedeckt arbeiten, durch die Einführung des dort systemwidrigen Basisarifs das Leben schwer. Das Ziel, in der PKV dauerhaft einen funktionsfähigen Wettbewerb um Bestandskunden zu etablieren, wird zudem verfehlt.

Reformen müssen dem langfristigen Wohl der Menschen dienen. Allein politische Handlungsfähig-

keit beweisen zu wollen, um die eigene Machtposition zu erhalten, reicht bei weitem nicht aus. Eine inhaltlich fundiertere Gesundheitsreform, die mit realistischerem Blick die bestehenden Herausforderungen angeht und ein tragfähiges Zukunftskonzept für das deutsche Gesundheitswesen entwickelt,

wird schon bald folgen müssen. Dann geht wieder alles von vorne los und führt hoffentlich zu einem besseren Ende. Die Stiftung Marktwirtschaft bleibt am Ball mit einem klaren Konzept für Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung, auch und gerade im Gesundheitsbereich!



Zeichnung: Klaus Stüttmann

Wie aus Käse reine Luft wird. Oder: Metamorphosen der Gesundheitsreform ...

Auszüge aus einem Kommentar von Konrad Adam
über Gesundheitspolitiker und -funktionäre
vom 13. Oktober 2006 aus

DIE WELT

„Zwangsbetreuung“

„Sie wollen Macht und Geld; und weil beides, ihre Macht und unser Geld, mit der Zahl der betreuten Fälle zunimmt, wollen sie mehr Abhängigkeit und mehr Betreuung – Betreuung definiert als diejenige Form von Terror, für die das Opfer auch noch zahlen muss. Was zu tun wäre, um die Gesundheit aus dem Gefängnis der öffentlichen Dienstbarkeit zu befreien und ihr den Charakter eines privaten Gutes zurückzugeben, ist hinreichend bekannt.

Im Wesentlichen umfasst das Instrumentarium den Wahltarif, die prozentuale Eigenbeteiligung, die Beitragsrückgewähr bei sparsamem Gebrauch sowie

die Kostenerstattung anstelle des Sachleistungsprinzips, das zur Verschwendung förmlich anhält: alles Dinge, die es früher schon einmal gegeben hat, die aber abgebaut und eingesammelt worden sind, weil sie dazu geeignet sind, den Einzelnen daran zu erinnern, dass es sich lohnt, gesund zu leben. [...]

Das Märchen von der Staatsgewalt, die alles kann, zumindest besser kann als jeder Einzelne von uns, ist zwar nicht wahr, jedoch bequem. Dem, der es aufischt, bringt es Macht und Einfluss; und wer es glaubt, den spricht es von der Mitschuld für sein Schicksal frei.“

Neue EU-Dienstleistungsrichtlinie ist verwässert bemängelt der Kronberger Kreis



*Neuerscheinung
des Kronberger Kreises*

Johann Eekhoff, Sprecher
Juergen B. Donges,
Wolfgang Franz,
Clemens Fuest,
Wernhard Möschel,
Manfred J. M. Neumann
(Fotos im Uhrzeigersinn)



*Dienstleistungsmärkte
in Europa weiter öffnen*

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.), Berlin 2007



In seiner neuen Studie „Dienstleistungsmärkte in Europa weiter öffnen“ sieht der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft die neue EU-Dienstleistungsrichtlinie weitgehend als verwässert an. Die Richtlinie verfolge in erster Linie das Ziel, einen langen Katalog von Ausnahmereichen festzuschreiben, statt auf die dauerhaft positiven Wohlstandsgewinne zu bauen.

Wie in anderen hoch entwickelten Ländern auch expandiert in Deutschland im Zuge des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels der private Dienstleistungssektor überproportional. Es ist davon auszugehen, dass Dienstleistungen auch künftig die wirtschaftliche Aktivität und die Erwerbsmöglichkeiten hierzulande prägen werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Dienstleistungshandel – innerhalb von Europa und weltweit – größere Bedeutung erlangt.

Zu den Grundfreiheiten des EG-Vertrags gehört die Dienstleistungsfreiheit. Die ihrer Konkretisierung dienende Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union war ursprünglich dazu bestimmt, der Dienstleistungsfreiheit durch weit gehende Berücksichtigung des Herkunftslandprinzips den Weg durch das Dickicht nationaler protektionistischer Regulierungen im Binnenmarkt zu bahnen. Ende vergangenen Jahres wurde dann jedoch in der vom Ministerrat verabschiedeten Richtlinie das anfänglich vorgesehene Herkunftslandprinzip durch das eher zur Marktabschottung geeignete Bestimmungslandprinzip

ersetzt und darüber hinaus ein Katalog von Ausnahmereichen definiert. Damit haben sich diejenigen politischen Kräfte durchgesetzt, die die Gefahr eines Preis-, Lohn-, Sozial- und Umweltdumpings an die Wand gemalt haben. Begründet werden diese Schritte mit der EU-Osterweiterung und einer sich abzeichnenden, zunehmenden Konkurrenz von Dienstleistungsanbietern.

Eine zunehmende grenzüberschreitende Dienstleistungskonkurrenz eröffnet sicherlich nicht nur neue Chancen, sondern setzt auch einzelne Branchen unter einen starken Anpassungsdruck. Nach Meinung des Kronberger Kreises darf man sich dennoch von den unmittelbar sichtbaren Umstellungs- und Anpassungsproblemen der Betroffenen nicht den Blick auf die dauerhaft positiven Wirkungen verstellen lassen, die von der Einführung einer umfassenden Dienstleistungsfreiheit erwartet werden können. Den heimischen Nachfragern bietet die Intensivierung des Wettbewerbs dauerhaft ein differenzierteres Dienstleistungsangebot zu niedrigeren Preisen. Zudem erleichtert die Öffnung der Märkte den inländischen Anbietern, in ausländische Märkte einzudringen. Die langfristig zu erzielenden gesamtwirtschaftlichen Einsparungen an Ressourcen übertreffen die einmaligen Umstellungs- und Anpassungskosten der inländischen Dienstleister um ein Vielfaches.

Nachdem das Prinzip aufgegeben wurde, für alle Dienstleistungsbereiche eine einzig gültige Richtlinie zu beschließen und damit allgemeine Bedingungen für die Dienstleistungsfreiheit festzulegen, ist nach Auffassung des Kronberger Kreises darauf zu achten, dass sich die vorgesehenen speziellen Richtlinien für einzelne Dienstleistungssektoren in den Wettbewerbsrahmen einfügen und an den Interessen der Nutzer von Dienstleistungen ausgerichtet werden. Das gilt auch für die angekündigte eigenständige Richtlinie über Gesundheitsdienstleistungen. Gerade hier empfiehlt es sich, den Interpretationsspielraum der gesetzlichen Regelungen eher auszuweiten als einzuengen, um so die Chancen zu nutzen, die der internationale Wettbewerb bietet.

Irrglaube Mindestlöhne

Studie der Stiftung Marktwirtschaft

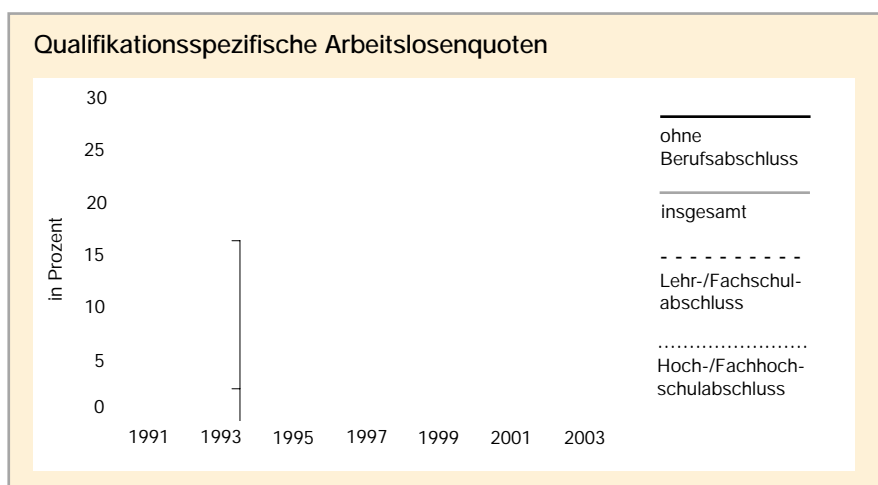
Die Bundesregierung ist im Begriff, Arbeitslosen, insbesondere geringqualifizierten, ein Bein zu stellen. Nach Jahren der Stagnation ist endlich zu beobachten, wie eine günstige konjunkturelle Entwicklung ihre Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt und die Arbeitslosigkeit in erfreulichem Ausmaß sinkt. Doch anstatt sich von diesen ersten Erfolgen ermuntern zu lassen, die zögerlichen Ansätze des „Förderns und Forderns“ weiter auszubauen und gezielt zu verbessern, mehren sich die Anzeichen für eine drohende Einigung der Koalitionäre zur Einführung staatsdirigistischer Mindestlöhne. Dieses Ansinnen grenzt an arbeitsmarktpolitischen Wahnsinn, der sich weder aus ökonomischer noch sozialpolitischer Sicht rechtfertigen lässt und sich allein auf die vage, kaum zu begründende Hoffnung stützt, dass Mindestlöhne keine allzu großen negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung ausüben würden.

Die Befürworter von Mindestlöhnen verkennen nicht nur den Ernst der nach wie vor kritischen Lage auf dem Arbeitsmarkt, sie unterliegen auch der Illusion, grundlegende ökonomische Wirkungsmechanismen ignorieren zu können. Kein Unternehmen wird einen zusätzlichen Arbeitnehmer einstellen, der mehr Kosten verursacht, als er an zusätzlicher Wertschöpfung erzielt. Das dringlichste ökonomische und gesellschaftliche Problem unserer Zeit ist nicht ein zu geringes Lohnniveau, sondern das anhaltend hohe Niveau der Massenarbeitslosigkeit, insbesondere bei den Problemgruppen der Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten. An diesen ist der wirtschaftliche Aufschwung bislang nahezu völlig vorübergegangen.

Daher bedarf es insbesondere im Niedriglohnsektor weiterführender Lösungsstrategien, die eine flexible Anpassung der Lohnhöhe an die individuelle Produktivität der Menschen erlauben. In diesem Zusammenhang würde die Einführung von Mindestlöhnen eine völlig verfehlte Wirkung haben, die Beschäftigungsmöglichkeiten von Geringqualifizierten weiter reduzieren und so die Arbeitslosigkeit erhöhen. Auch als sozialpolitisches Instrument zur Bekämpfung von Armut taugen Mindestlöhne nicht viel – selbst wenn man unterstellt, dass sie keine negativen Beschäftigungseffekte hätten. Denn auf der einen Seite profitieren Arbeitslose, Nichterwerbsfähige und Personen, die erst durch den Haushaltskontext, z.B. aufgrund von erwerbslosen Ehe-

partnern oder Kindern, arm werden, überhaupt nicht von der Einführung der Mindestlöhne. Auf der anderen Seite würden sie jedoch Erwerbstätigen nützen, die eigentlich nicht hilfebedürftig sind. Über Mindestlöhne kann eine zielgerichtete Umverteilung nicht erfolgen. Außerdem gibt es dafür in Deutschland ein staatlich garantiertes Existenzminimum in Form eines bedürftigkeitsorientierten sozialen Grundversicherungssystems.

Mindestlöhne zählen nicht zu den empfehlenswerten politischen Stellschrauben. Empirische Erfahrungen im Ausland und die ökonomische Theorie lassen befürchten, dass durch Mindestlöhne die Fortführung des begonnenen Abbaus der Arbeitslosigkeit dramatisch gefährdet, wenn nicht sogar ins Gegenteil verkehrt werden würde. Denn Mindestlöhne sind nicht mehr als ein politisches Profilierungsfeld mit gravierenden Nebenwirkungen. Die Koalitionspartner täten gut daran, sich davon nicht verführen zu lassen. Dafür ist das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu ernst.



Anmerkungen:

Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen (ohne Auszubildende) gleicher Qualifikation; Lehr-/Fachschulabschluss ohne Verwaltungsfachhochschulen; Hoch-/Fachhochschulabschluss mit Verwaltungsfachhochschulen.

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Börsen-Zeitung

Zeitung für die Finanzmärkte

Stephan Lorz, Leiter des Ressorts Wirtschaftspolitik, schreibt zur ange-dachten flächendeckenden Auswei-tung der Mindestlöhne: „Die Stiftung Marktwirtschaft hält die damit verbun-dene Hoffnung für ‘trügerisch’“. Er selbst sieht die Gefahren als real an und zitiert Prof. Eilfort, der den begon-nenen Abbau der Arbeitslosigkeit „dra-matisch gefährdet“ sieht: Die Pläne kämen einem „Beschäftigungsver-hinderungsprogramm“ gleich.

Presse vom 7. März 2007

Neuerscheinung

Guido Raddatz, Sascha Wolf: Irrglaube Mindestlöhne, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 99, März 2007.

Meldungen

in Kürze Informationen +
Nachtrag
+ Termine

+++++ +++++ +++++ +++++

Am 24. April 2007 veranstaltet die Stiftung Marktwirtschaft eine Tagung zum Thema **Bürgergeld/ Grundeinkommen**. Mit den Professoren Clemens Fuest und Horst Siebert sowie dem Unternehmer Götz Werner soll diskutiert werden, ob es sich dabei um einen Geniestreich oder Wahnsinn handelt. Die Referate werden durch eine Podiumsdiskussion abgerundet, in der unter anderem der Ministerpräsident des Freistaats Thüringen, Dieter Althaus, sein Bürgergeldmodell zur Diskussion stellt.

+++++ +++++ +++++ +++++

Am 2. Mai 2007 stellt Prof. Bernd Raffelhüschen, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, in einem Pressegespräch die neuesten Daten der **Generationenbilanz** vor, die eine Lastenverteilung in den sozialen Sicherungssystemen auf die einzelnen Generationen rechnerisch ermittelt.

+++++ +++++ +++++ +++++

Am 7. Mai 2007 findet ein weiteres Symposium der Kommission Steuergesetzbuch statt, in dem das Expertengremium die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes zur Steuerlichen Gewinnermittlung abschließt.

+++++ +++++ +++++ +++++

Am 9. Mai 2007 veranstaltet die Stiftung Marktwirtschaft in Kooperation mit der Allianz SE eine Tagung zur „**Finanzaufsicht im Wandel**“. Unter anderem wird der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Jochen Sanio, zu dem Reformprozess der Aufsicht mit dem Ziel der Gewährleistung eines funktionsfähigen Finanzmarktes Stellung nehmen.

+++++ +++++ +++++ +++++

Am 22. Mai 2007 diskutiert die Stiftung Marktwirtschaft mit Gesundheitsexperten im Deutschen Bundestag über die nächsten Schritte in der **Gesundheitspolitik**. Die Professoren Johann Eekhoff, Bernd Raffelhüschen und Wolfram F. Richter leiten die Podiumsdiskussion fachlich ein.

+++++ +++++ +++++ +++++



Das Team ist vollständig

Mit Dana Klöppel ist das Team der Stiftung Marktwirtschaft wieder vollständig. Vor über 15 Jahren hat die Berliner Wirtschaftskauffrau bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen als kaufmännische Angestellte angefangen und stieg bei der Umgestaltung des Unternehmens bei Ernst & Young zum Executive Assistant in der Steuerabteilung auf. Dana Klöppel wird mit der ihr eigenen Leichtigkeit im Umgang mit Zahlen künftig die Rechnungsbearbeitung betreuen und Ihre Ansprechpartnerin für Bücherbestellungen und Spendenbescheinigungen sein. Wir freuen uns, mit ihr eine sympathische und professionelle Ergänzung unseres Teams gewonnen zu haben.



Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Vi.S.d.P.: Susanna Hübner
Charlottenstr. 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57

www.stiftung-marktwirtschaft.de
info@stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725